

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. — Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. — Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Auer Leipzig Nr. 199

Nr. 191

Sonnabend, den 17. August 1929

24. Jahrgang

Haager Zwischenbilanz

Von Dr. Rüd. Reichsminister a. D.

Seit länger als einer Woche sitzen 150 Diplomaten, darunter fast 20 leitende Minister, im Haag versammelt, um einen neuen Abschnitt in der Liquidation des Weltkrieges zu vollziehen. Vorher haben vier Monate lang die Sachverständigen der hauptsächlich beteiligten Staaten sich redlich bemüht, dieser Konferenz die Grundlagen in dem sogenannten Young-Plan zu schaffen. Langsam nur und oft noch unter wenig klarer Zielsetzung stellt sich eine gewisse Systematik in der Behandlung der großen Fragenkomplexe dieses Kongresses ein, der unter denkbar mangelhafter Vorbereitung eines Verhandlungsprogramms seine Arbeiten begann. Es ist gut und möglich, vom deutschen Standpunkt aus zu den einzelnen Zwischenergebnissen jeweils eine vollkommen klare Einstellung zu gewinnen. Nur so wird ja auch die breite Masse des deutschen Volkes diesen Verhandlungen folgen können, die für uns ja von schicksalhaftester Bedeutung sind. Was sich dort im Haag abspielt, darf für uns keine Geheimwissenschaft und keine Dunkelkammer werden.

In der Frage der Räumung des besetzten Gebietes liegen die Dinge für Deutschland vollkommen klar. Wir haben ganz unabhängig davon, ob der Young-Plan von den anderen Staaten genehmigt wird oder nicht, einen Rechtsanspruch auf sofortige und vollkommene Räumung. Die tatsächliche Räumung ist nur eine Frage des Willens auf französischer Seite. Militär-technische Bedenken gegen die Durchführung binnen kürzester Frist bestehen nach keiner Seite, und jeder französische General würde sich vom Standpunkt des militär-organisatorischen Prestiges gemieren, sich Gründe zu eigen zu machen, wie sie Stresemann mit glücklichem Humor der verdienten Heiterkeit überließerte. In Deutschland würde jeder Major zum Teufel gejagt worden sein, der nicht fähig gewesen wäre, für die Abförderung von 50 000 Mann die erforderlichen Maßnahmen für eine Zeit von acht Wochen zu bestimmen. Der Zeitpunkt ist nahe, wo die deutsche Delegation, die während der Vorpostengefächte sich zunächst mit Recht einer gewissen Zurückhaltung befleißigt hat, ihren Standpunkt klar und bündig zum Ausdruck bringen müssen.

Jedem eine Kontrollkommission nach gefeiner Räumung einzurichten, ist von deutscher Seite abzulehnen. Der Locarnovertrag sieht die nötigen Organe zwischen den beteiligten Mächten bereits vor. Darüber hinaus eine neue Instanz zu schaffen, hieße den Locarnovertrag rückwärts revidieren. Was eine juristische (!) Kommission hier prüfen soll, ist schlechterdings unerfindlich. Auch diese ganze Frage ist rein politischer Natur, vor allem für uns, die wir Wert über Unwert solcher Kommissionen gemessen am eigenen Leibe gespürt haben.

Der zwischen England und Frankreich noch ausstehende Streit wegen des Verteilungsschlüssels für die Deutschland abzunehmenden Leistungen kann unsere grundsätzliche Einstellung zu der finanziellen und wirtschaftlichen Seite des Problems in keiner Weise berühren. Deutschland wird niemals einer Lösung zustimmen, die hinsichtlich der baren Leistungen oder der Sachlieferungen für uns eine materiell ungünstigere Regelung bringt, als der Young-Plan. Sollen innerhalb des vom Young-Plan gezogenen Rahmens Ausgleich zwischen Frankreich, England und den anderen auf der Gegenseite beteiligten Staaten gefunden werden, so ist Deutschland an ihnen nicht interessiert.

Die Verhandlungen der Konferenz dienen bisher der gegenseitigen Sondierung des Kampfgeländes. Die Hauptstellungen, die Deutschland zu beziehen hat, sind klar vorgezeichnet. Es ist Aufgabe der deutschen Delegation, sich durch nichts aus diesen Stellungen herausmanövrieren zu lassen. Die überwiegende Mehrheit des Reichstages und des deutschen Volkes ist für eine Ordnung der Dinge auf der gekennzeichneten Grundlage zu haben, jedes wesentliche Abweichen von ihr wird geschlossener Ablehnung auf deutscher Seite begegnen. Je näher die Konferenz an das Stadium der wirklichen Entscheidungen herankommt, um so eindringlicher muß auch der Gegenseite diese Einstellung Deutschlands klar gemacht werden. Wir haben jahrelang geduldig auf die Auswirkungen der Locarnopolitik gewartet. Was wir jetzt verlangen, ist weiter nichts als die endliche Erfüllung gegebener Zusagen und die selbstverständliche Folgerung einer auf Liquidation des Krieges gerichteten Politik des Ausgleichs und der Verständigung.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages begann am Donnerstag nachmittag die Beratung der Reform der Arbeitslosenversicherung. Reichsarbeitsminister Wiffel erklärte, die Reichsregierung sei leider nicht in der Lage, dem Ausschuss schon jetzt eine fertige Vorlage unterbreiten zu können, weil noch in einigen wesentlichen Fragen Meinungsverschiedenheiten im Kabinett beständen. Alsdann berichtete Ministerialdirektor Meißner vom Reichsarbeitsministerium über die Arbeiten der Sachverständigenkommission. Der Bericht darüber wird demnächst als Beilage zum Reichsarbeitsblatt erscheinen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschloß der Ausschuss, die Beratungen bis nächsten Dienstag zu vertagen. Dann sollen Vertreter der kommunalen Behörden sich über das Arbeitslosenversicherungsgesetz äußern.

Neuer Herrschaft des Erz-Kronprinzen

Der Kronprinz hat den schönsten Herrschaftsitz des sachsenischen Landes, das im Westerwald gelegene Schloß Friedewald, mit einer Fülle von Altertümern und Kunstgegenständen und baugeschicklichem Grundbesitz angekauft. Er hatte vor einigen Wochen persönlich das zum Verkauf stehende Schloß besichtigt.

Krisis im Haag?

Die Engländer unzufrieden

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus dem Haag: Die Krise, die durch den englisch-französischen Quotenstreit entstand, ist wieder einmal akut geworden, und die englische sowie auch die französische und belgische Delegation sind pessimistischer als je zuvor. Nach Ansicht der Engländer sind die Zugeständnisse der kontinentalen Gläubigermächte so unzureichend, daß sie diese ohne Jögern als völlig unannehmbar bezeichnet haben. Da andererseits Doucheur im Namen der französischen Delegation erklärt haben soll, es sei den kontinentalen Gläubigern unmöglich, England weiter entgegen zu kommen, läßt sich im Augenblick nicht absehen, wie die Dinge sich weiter entwickeln. In englischen Kreisen spricht man wieder einmal von Vertagung und Abreise und zwar diesmal offenbar mit etwas größerer Ueberzeugungskraft. Aber auch jetzt darf man wohl hoffen, daß jede Möglichkeit einer Vermittlung zwischen den streitenden Parteien ausgenutzt werden wird.

Ähnliches berichtet der „Dokalanzeiger“. Eine Fühlungnahme mit Snowden ergab, daß der englische Schatzkanzler die Angebote für ungenügend hielt. Die englische Delegation hat ihren Standpunkt in später Abendstunde bekannt gegeben. Snowden betonte, falls man keinen bestimmten Vorschlag, so wie es verabredet sei, am Freitag machen würde, hätte es keinen Zweck, am Sonnabend eine Sitzung der Finanzkommission einzuberufen. Das bedeute ziemlich klar die Androhung der Abreise. Auch die Italiener haben die Lage wieder verschärft, indem Grandi äußerte, für ihn sei die Haager Konferenz am Sonnabend zu Ende.

Das Reutersche Büro und die Londoner Blätter melden, die Haager Konferenz sei in großer Gefahr, zusammenzubrechen. Snowden sei bereit, am Sonnabend abzureisen, wenn nicht bis dahin seinen Forderungen Genüge geschehen sei. Im allgemeinen wird der italienischen Delegation die Schuld an dieser neuen schweren Krise der Konferenz beigemessen. So sagt der Haager Berichterstatter des „Daily Herald“: Es liegt eine bittere Fronte in der Tat, daß gerade die Italiener einer Vereinbarung eigenstimmigen Widerstand entgegensetzen. Dieser Widerstand droht, die Verhandlungen der Sachverständigen mit guten Aussichten auf ein befriedigendes Ergebnis zunichte zu machen.

Einer „Ergänge“-Meldung zufolge haben die vier anderen Gläubigermächte Großbritannien die Summe von 17 Millionen Goldmark angeboten, das heißt ungefähr ein Drittel von dem, was Snowden verlangt. Der britische Schatzkanzler habe dazu lediglich bemerkt: Gut, jetzt wissen wir also, woran wir sind.

Bertinax meldet dem „Daily Telegraph“ aus dem Haag: Snowden hat dem belgischen Delegierten, der ihm die Vorschläge der vier anderen Gläubigerdelegationen mitteilte, nicht verhehlt, daß er sie für völlig unzulänglich betrachte. Weitläufig wird erwähnt, daß die italienische Delegation sich bereit erklärt hat, etwas von dem italienischen Anteil zur Verfügung zu stellen, um den britischen Forderungen entgegenzukommen. Die vier Delegationen würden gern etwas mehr Zeit gewinnen und es vermeiden, Snowden irgendein Schriftstück zu übermitteln. Es heißt, Briand und Snowden würden heute eine letzte Zusammenkunft haben, bevor die Entscheidung fällt. Eine Bestätigung dafür liegt jedoch nicht vor.

Am Sonnabend Bekanntgabe des Räumungszeitpunktes

Wie nunmehr zuverlässig verlautet, wird Briand das Datum für die Gesamträumung, d. h. also für den Abzug des letzten Besatzungssoldaten aus der S. Zone, am Sonnabend bekannt geben, und zwar wird sich die Bekanntgabe voraussichtlich in der Form der Aufstellung eines Gesamtprogramms für die Räumung vom Beginn bis zu ihrem Abschluß vollziehen. Morgen vormittag sollen der deutschen Delegation die Ergebnisse der zwischen den übrigen Mächten wegen der Einsetzung der verschiedenen angeklagten Unterausschüsse und wegen der finanziellen Streitpunkte gepflogenen Verhandlungen bekannt gegeben werden.

Besprechungen über die Saarfrage

In der Saarfrage, die von französischer Seite im Haag als deutsch-französische Angelegenheit und nicht als Konferenz-

thema bezeichnet worden ist haben nach der seitherzeitigen Ueberreichung eines deutschen Verhandlungsplanes Besprechungen zwischen den beiderseitigen Staatssekretären und gestern auch zwischen den Sachreferenten stattgefunden, die der Klärung einzelner Punkte dienten und die in gleicher Form fortgesetzt werden sollen.

Frankreich verlangt keinen deutschen Verzicht!

Der „Berliner Börsencourier“ meldet aus dem Haag: Herr Doucheur teilte den französischen Journalisten mit, daß Frankreich nicht beabsichtige, sich von Deutschland den frühen Rückzug durch einen neuen Verzicht ablaufen zu lassen. Es schließe sich nicht der Anregung Hendersons an, daß Deutschland bei seinen Claims, d. h. bei seinen Ansprüchen aus den Besatzungsschäden ein Geste mache, indem es hier auf Zahlungen verzichte.

Um die Besetzungsschäden des Rheinlandes

Die von englischer Seite unlängst angekündigte „deutsche Geste“ in der Frage der Entschädigungsansprüche für Besetzungsschäden usw. hat, so schreibt die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“, in der Presse vielfach eine irriige Behandlung erfahren. Es handelt sich hier um diejenigen Ansprüche, die Deutschland nach dem Pariser Abkommen vom 5. Mai 1925 auf Anrechnung bestimmter Beträge auf die bisher von ihm zu leistenden Darlehenszahlungen bekam. Dieses Abkommen war notwendig, nachdem der Dawesplan Anrechnung der Besatzungskosten auf die Annuitäten nach dem 1. September 1924 festgesetzt hatte. Eine andere Kategorie von ebenfalls nach dem Rheinlandabkommen — Artikel 6 — vorher an die Reichsregierung gerichteten Forderungen ist trotz vielfacher Bemerkungen bis heute nicht auf eine Rechtsbasis analog des Pariser Abkommens gestellt worden und wird aus Haushaltsmitteln bestritten. Ueber die Höhe dieser auf die Dawes-Annullität anrechnungsfähigen Entschädigungsansprüche entscheidet ein Gemischtes Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Holländers Patyn. Im Young-Plan sind nun entsprechende Modalitäten nicht vorgesehen. Man rechnet mit den bisher offenstehenden und einer Anrechnung auf die deutschen Jahresleistungen fähigen Beträgen einschließlich der bereits geschätzten weiteren Ansprüche bis zum 1. September auf etwa 40 Millionen RM. Um diese Summe handelt es sich offenbar bei der in verbindlicher Form durch Henderson in die Debatte gebrachten Anregung, wonach Deutschland sich für eine frühere Räumung durch eine Geste erkenntlich zeigen sollte. Von deutscher Seite ist zunächst der Gedanke in die Diskussion gebracht worden, diese Forderung zur Vereinfachung des Verfahrens im Wege einer Globalsumme abzugelten. Wenn mit Bezug auf diese Ansprüche unzutreffende und teilweise recht stark abweichende Ziffern genannt sind, so beruht dies offenbar auf der Uebersehung der Tatsache, daß nach Artikel 249 des Versailler Vertrages die Besatzungskosten, also auch die Besetzungsschäden, durch Deutschland zu tragen waren und daß demgemäß nach einem allerdings erst erheblich später ergangenen Entscheid des Gemischten Schiedsgerichts die bis zum 1. September 1924 entstandenen und damals noch offenstehenden Forderungen nicht unter die auf die Dawes-Annullitäten anrechnungsfähigen Beträge fallen.

Ein 250 Millionen-Dollarkredit für England!

Nach einer Meldung der New York Times hat die Bank von England infolge der französischen Goldankäufe auf dem Londoner Markt einen Kredit von 250 Millionen Dollar abgeschlossen, der jederzeit auf Abzahlung an die New Yorker Bundesreservebank in Kraft treten kann. Dieser Kredit werde nicht seitens der Bundesreservebank unmittelbar, sondern von der Bundesreservebank als Vermittler einer Gruppe amerikanischer Banken gewährt. Diese ungenannten Banken sollen entsprechende Beträge bereithalten. Der Kredit setze zur freien Verfügung der Bank von England, sei es zur direkten Stärkung der Sterlingsbeweise oder der Goldreserve.

Ein Dementi der Bank von England

Die Bank von England erklärt, daß die von Arelfen der Wallstreet ausgehende Nachricht, die Bank von England habe in New York eine Vereinbarung getroffen, die die Aufnahme eines Kredits von 50 Millionen Pfund Sterling auf Abruf innerhalb weniger Stunden ermöglichte, jeder Begründung entbehrt.